

Geschäftsverteilungsplan des Bundesverwaltungsgerichts für das Geschäftsjahr 1986

A. Geschäftsverteilung

I. Revisionssenate

Es sind zugewiesen

dem 1. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, soweit nicht einem anderen Senat zugewiesen,
2. des Rechts der freien Berufe und des Kammerrechts,
3. des Vereins- und Versammlungsrechts,
4. des Staatsangehörigkeitsrechts,
5. des Ausländerrechts, soweit nicht dem 9. R-Senat zugewiesen,
6. des Polizei- und Ordnungsrechts mit Ausnahme der mit den Rechtsgebieten anderer Senate zusammenhängenden ordnungsrechtlichen Streitigkeiten,
7. des Waffenrechts,
8. des Weinrechts;

dem 2. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts des öffentlichen Dienstes, soweit nicht dem 6. oder 8. R-Senat zugewiesen;
2. des Wiedergutmachungsrechts;

dem 3. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Lastenausgleichsrechts einschließlich der Schadensfeststellungen,
2. des Besatzungsschadenrechts,
3. des Währungsausgleichs- und Altsparenerrechts,
4. des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin,
5. des Reparationsschädengesetzes,
6. des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes,
7. des Sachleistungsrechts,
8. des Gesundheitsverwaltungsrechts einschließlich des Rechts der Heil- und Heilhilfsberufe und des Krankenhausfinanzierungsrechts (einschließlich Festsetzung von Pflegesätzen und der Aufbringung von Finanzierungsmitteln) sowie des Seuchenrechts,
9. des Rechts der Land- und Forstwirtschaft einschließlich Förderungsmaßnahmen sowie des Tierzucht- und des Tierseuchenrechts,
10. des Tierschutz- und Pflanzenschutzrechts, soweit nicht das Schwergewicht bei Materien liegt, die einem anderen Senat zugewiesen sind,
11. des Lebensmittelrechts und des Rechts der Ernährungswirtschaft,
12. des Jagd- und Fischereirechts,
13. des Währungs- und Umstellungsrechts,
14. des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung;

dem 4. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Bau- und Bodenrechts einschließlich des Garagenrechts sowie der Gewerbeordnung und des Immissionsschutzrechts, soweit das Schwergewicht auf der Anwendung bau-rechtlicher Vorschriften liegt, jedoch ausschließlich des Rechts der Baugebühren,

2. des Straßen- und Wegerechts — mit Ausnahme von Streitigkeiten über nicht anliegerbezogene Sondernutzungen — sowie des Rechts der Anlegung von Schienenwegen,
3. des Rechts der Anlegung und des Betriebes von Flugplätzen (§§ 6 ff. des Luftverkehrsgesetzes),
4. des Rechts der Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung,
5. des Natur- und Landschaftsschutzrechts und des Denkmalschutzrechts,
6. des Kleingartenrechts,
7. des Wasser- und Deichrechts (einschließlich des Baues von Wasserstraßen) sowie des Rechts der Wasser- und Bodenverbände,
8. des Bergrechts,
9. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt;

dem 5. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Fürsorgerechts einschließlich der Tbc-Hilfe für den öffentlichen Dienst,
2. der Kriegsopferfürsorge,
3. der Ausbildungs-, Graduierten- und Berufsbildungsförderung,
4. des Schwerbehindertenrechts,
5. des Mutterschutzrechts,
6. des Jugendhilfe- und Jugendschutzrechts, ausgenommen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (1. R-Senat Nr. 6),
7. des Flurbereinigungsrechts und des ländlichen Grundstücksverkehrs;

dem 6. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Dienstrechts der Soldaten (einschließlich der unter das Gesetz 131 fallenden Soldaten) sowie aller Wehrpflichtigen, Zivildienstpflichtigen und Angehörigen des Zivilschutzkorps, soweit nicht dem 8. R-Senat zugewiesen,
2. des Reisekosten-, Umzugskosten- und Trennungsgeldrechts,
3. des Rechts der Kriegsdienstverweigerung,
4. des Personalvertretungsrechts und des Richtervertretungsrechts;

dem 7. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts in folgenden Bereichen:
 - a) das Recht der Verkehrswirtschaft,
 - b) das Recht des Außenhandels,
 - c) das Recht des Interzonenhandels,
 - d) Förderungsmaßnahmen zugunsten der gewerblichen Wirtschaft sowie Gasölbetriebsbeihilfe,
2. des Atomrechts,
3. des Abfallbeseitigungsrechts,
4. des Immissionsschutzrechts, soweit nicht das Schwergewicht bei Materien liegt, die einem anderen Senat zugewiesen sind,
5. des Straßenverkehrsrechts sowie von Streitigkeiten über nicht anliegerbezogene Straßen-Sondernutzungen,

6. des Postrechts,
7. des Rundfunkrechts einschließlich des Rechts der Rundfunkanstalten,
8. des Filmrechts einschließlich des Filmförderungsrechts,
9. des Presserechts,
10. des Namensrechts,
11. des Schul- und Hochschulrechts,
12. des Kommunalrechts, soweit nicht das Schwergewicht bei Materien liegt, die einem anderen Senat zugewiesen sind,
13. des Wahlrechts,
14. des Prüfungsrechts, abgesehen von Laufbahnprüfungen für Beamte, aber einschließlich der ersten und zweiten juristischen Staatsprüfung,
15. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt,
16. Sachen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind;

dem 8. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Wehrpflichtrechts und des Zivildienstrechts, soweit es um die Heranziehung zum und die Entlassung aus dem Dienstverhältnis geht, einschließlich des Rechts der Unterhaltssicherung und des Arbeitsplatzschutzes,
2. des Rechts der Förderung des Wohnungsbaues, des sonstigen Wohnungsrechts einschließlich des Wohngeldrechts sowie des Mietpreisrechts,
3. des Erschließungs- und des Baufolgelastenrechts,
4. des sonstigen Abgabenrechts, soweit nicht ein Sachzusammenhang mit einem Rechtsgebiet besteht, das einem anderen Senat zugewiesen ist;

dem 9. R-Senat

die Sachen aus dem Gebiet

1. des Asyl- und des Asylverfahrensrechts mit Ausnahme derjenigen Verfahren nach §§ 28 und 30 AsylVfG, in denen in der Revisionsinstanz nur noch über aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu entscheiden ist,
2. des Heimkehrer- und Kriegsgefangenenentschädigungsrechts,
3. des Rechts der Vertriebenen der Sowjetzonenflüchtlinge und der politischen Häftlinge, soweit nicht dem 3. R-Senat zugewiesen.

Schlußbestimmungen

1. Gelangt eine Revisionssache erneut an das Bundesverwaltungsgericht, so entscheidet der jetzt sachlich zuständige Senat. Das gilt auch für Beschwerden und Wiederaufnahmeverfahren.

2. Für Streitsachen aus den Gebieten des Prozeß- und Vollstreckungsrechts ist der Senat zuständig, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für die Entscheidung über das zugrundeliegende sachliche Rechtsgebiet zuständig ist.
3. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der Senat zuständig, der nach der Geschäftsverteilung im Falle einer Revisionseinlegung zur Entscheidung über die Sache zuständig wäre.
4. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn dies aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

II. Disziplinarsenate

Es sind zugewiesen

dem 1. D-Senat

alle Beamtendisziplinarsachen mit Ausnahme der Wiederaufnahmeverfahren insoweit, als er in den früheren Verfahren eine Entscheidung - gleich welcher Art - getroffen hat,

dem 2. D-Senat

die Wiederaufnahmesachen insoweit, als der 1. D-Senat in den früheren Verfahren eine Entscheidung - gleich welcher Art - getroffen hat.

III. Wehrdienstsenate

1. Es sind zugewiesen

dem 1. WD-Senat

die Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung.

dem 2. WD-Senat

die Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung.

2. In Wiederaufnahmeverfahren entscheidet

der 1. WD-Senat, wenn der 2. WD-Senat,
der 2. WD-Senat, wenn der 1. WD-Senat

in dem früheren Verfahren eine Entscheidung - gleich welcher Art - getroffen hat. Entscheidungen aus der Zeit vor Errichtung des 2. WD-Senats gelten als Entscheidungen des 1. WD-Senats.

IV. Großer Senat

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senats ergibt sich aus § 11 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

B. Besetzung

I. Revisionssenate

1. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Heinrich
Richter (stellv. Vorsitzender)	Prof. Dr. Barbey
Richter	Dr. Dickersbach
Richter	Meyer
Richter	Dr. Diefenbach
Richter	Gielen

2. R-Senat

Vorsitzender Richter	Fischer (zugleich 2. D-Senat)
----------------------	----------------------------------

Richterin (stellv. Vorsitzende)	Dr. Franke
Richter	Dr. Lemhöfer (zugleich 2. D-Senat)
Richter	Sommer, B.
Richter	Dr. Müller

3. R-Senat

Vorsitzender Richter	Prof. Dr. Dodenhoff
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Messerschmidt
Richter	Fandré
Richter	Schäfer
Richterin	Schmidt
Richter	Sommer, W.-E. (bis 30. 6. zugleich 9. R-Senat)

4. R-Senat

Vizepräsident	Oppenheimer
Richter (stellv. Vorsitzender)	Prof. Dr. Schlichter
Richter	Dr. Niehues
Richter	Dr. Kühling
Richter	Dr. Gaentzsch
Richter	Dr. Dr. Berkemann

5. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Zehner
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Fink
Richter	Rochlitz
Richter	Rotter
Richter	Bermel
Richter	Dr. Hömig

6. R-Senat

Vorsitzender Richter	Prof. Dr. Gützkow
Richterin (stellv. Vorsitzende)	Dr. Eckstein
Richter	Dr. Schinkel (zugleich 2. D-Senat)
Richter	Nettesheim
Richter	Ernst
Richter	Dr. Seibert

7. R-Senat

Präsident	Prof. Dr. Sandler
Richter (stellv. Vorsitzender)	Klamroth
Richter	Willberg
Richter	Kreiling
Richter	Dr. Franßen
Richter	Seebass

8. R-Senat

Vorsitzender Richter	Prof. Dr. Weyreuther
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. David
Richter	Noack
Richter	Dr. Kleinvogel
Richter	Prof. Dr. Driehaus
Richter	Dr. Silberkuhl

9. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Korbmacher
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Säcker
Richter	Dr. Paul
Richter	Dr. Kemper
Richter	Dr. Bender
Richter	Sommer, W.-E. (bis 30. 6.; zugleich unbefristet 3. R-Senat)

II. Disziplinarsenate

1. Richter

1. D-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Schwarz
Richter (stellv. Vorsitzender)	Janzen (zugleich 2. D-Senat und zeit- weiliges Mitglied der WD-Senate)
Richter	Dr. Hartmann (zugleich 2. D-Senat und zeit- weiliges Mitglied der WD-Senate)
Richter	Pellnitz
Richter	Sträter

2. D-Senat

Vorsitzender Richter	Fischer (zugleich 2. R-Senat)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Janzen (zugleich 1. D-Senat und zeit- weiliges Mitglied der WD-Senate)
Richter	Dr. Hartmann (zugleich 1. D-Senat und zeit- weiliges Mitglied der WD-Senate)
Richter	Dr. Schinkel (zugleich 6. R-Senat)
Richter	Dr. Lemhöfer (zugleich 2. R-Senat)

2. Ehrenamtliche Richter

Die ehrenamtlichen Richter der Disziplinarsenate werden nach Maßgabe der §§ 49, 55 BDO anhand der im Auslosungsverfahren bei den Senaten gebildeten Jahreslisten berufen.

Für die förmlichen Disziplinarverfahren gegen Beamte und Ruhestandsbeamte aus dem Dienstbereich der Landespostdirektion Berlin, der Zoll- und Verbrauchssteuerverwaltung einschließlich der Monopolverwaltung für Branntwein und des Devisenüberwachungsdienstes sowie der Sondervermögens- und Bauverwaltung der Oberfinanzdirektion Berlin (§ 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der in den einzelnen Verwaltungszweigen des Landes Berlin beschäftigten Personen vom 26. April 1957 - BGBl. I S. 397 -, geändert durch Gesetz vom 20. Juli 1967 - BGBl. I S. 725, 744 -) wird im Auslosungsverfahren eine gemeinsame Beisitzerliste gebildet und von einem Beamten des gehobenen Dienstes geführt; aus ihr ziehen die Disziplinarsenate in der Reihenfolge ihres Bedarfs die ehrenamtlichen Richter nach Maßgabe der in Absatz 1 genannten Gesetzesvorschriften heran.

Die ehrenamtlichen Richter werden von dem Vorsitzenden des 2. D-Senats und dem stellvertretenden Vorsitzenden des 1. D-Senats ausgelost.

III. Wehrdienstsenate

1. Richter

1. WD-Senat

Vorsitzender Richter	Saalmann
Richter (stellv. Vorsitzender)	Seide
Richter	Nast-Kolb
Richter	Thurn
Richter	Dr. Schwandt (zugleich 2. WD-Senat)

2. WD-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Glöckner
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Ehrl
Richter	Hacker
Richter	Dr. Schwandt (zugleich 1. WD-Senat)

2. Ehrenamtliche Richter

Die ehrenamtlichen Richter der Wehrdienstsenate werden nach Maßgabe der §§ 73 und 68 Wehrdisziplinarordnung berufen.

IV. Großer Senat

Mitglied kraft Amtes

Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts als Vorsitzender

Vertreter

Der jeweilige allgemeine Vertreter des Präsidenten

Bestellte Mitglieder für die Geschäftsjahre 1985 und 1986

Vorsitzender Richter	Prof. Dr. Gützkow
Vorsitzender Richter	Dr. Zehner

Vorsitzender Richter	Dr. Korbmacher
Richter	Prof. Dr. Barbey
Richterin	Dr. Franke
Richter	Dr. Kleinvogel

Vertreter

Richter	Kreiling
Richter	Dr. Schinkel
Vorsitzender Richter	Dr. Schwarz
Richter	Dr. Messerschmidt
Vorsitzender Richter	Prof. Dr. Dodenhoff

V. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

1. Mitglieder kraft Amtes

- a) der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts
- b) die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundesverwaltungsgerichts

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

2. Mitglieder durch Entsendung für die Geschäftsjahre 1985 und 1986

Senat	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
	Richter(in)	Richter(in)	Richter(in)
1. R	Prof. Dr. Barbey	Dr. Dickersbach	Meyer
2. R	Dr. Franke	Dr. Lemhöfer	Sommer, B.
3. R	Dr. Messerschmidt	Fandré	Schmidt
4. R	Prof. Dr. Schlichter	Dr. Niehues	Dr. Kühling
5. R	Dr. Fink	Rochlitz	Rotter
6. R	Dr. Eckstein	Dr. Schinkel	Nettesheim
7. R	1. Klamroth 2. Willberg	Kreiling	Dr. Franßen
8. R	Dr. David	Dr. Kleinvogel	Prof. Dr. Driehaus
9. R	Dr. Paul	Dr. Säcker	Dr. Kemper
1. D	Janzen	Dr. Hartmann	Pellnitz
2. D	Janzen	Dr. Hartmann	Dr. Schinkel
1. WD	Seide	Nast-Kolb	Thurn
2. WD	Dr. Ehrl	Hacker	Janzen
Großer Senat	Prof. Dr. Gützkow	Prof. Dr. Barbey	Dr. Korbmacher

C. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten und Vertretung

I. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

Die Tätigkeit im Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes geht der Tätigkeit am Bundesverwaltungsgericht, die Tätigkeit im Großen Senat jeder sonstigen Tätigkeit vor.

II. Vertretung der Vorsitzenden

Bei Verhinderung aller Mitglieder eines Senats gilt für die Vertretung des Vorsitzenden die Regelung zu III. entsprechend.

III. Vertretung der Beisitzer

1. Die beisitzenden Richter vertreten sich innerhalb der Senate gemäß der nach § 4 VwGO in Verbindung mit § 21g GVG zu treffenden Anordnung. Zum ständigen Vertreter beim 9. R-Senat wird ab 1. Juli Richter am Bundesverwaltungsgericht W.-E. Sommer bestimmt. Im übrigen vertreten, beginnend mit dem dienstjüngsten Beisitzer

a) bei den Revisionssenaten

aa) sich gegenseitig

die Beisitzer des 1. und 9. Senats,
die Beisitzer des 2. und 6. Senats,

ausgenommen in Verfahren aus dem Recht der Kriegsdienstverweigerung, in denen die Beisitzer des 6. Senats durch diejenigen des 8. Senats vertreten werden,

die Beisitzer des 7. und 8. Senats,

bb) die Beisitzer des 3. Senats die des 4. Senats, die Beisitzer des 4. Senats die des 5. Senats, die Beisitzer des 5. Senats die des 3. Senats;

b) bei den Disziplinarsenaten

die Beisitzer des 1. und 2. Senats sich gegenseitig,

c) bei den Wehrdienstsenaten

die Beisitzer des 1. und 2. Senats sich gegenseitig.

2. Die Vertretung der beisitzenden Richter von Senat zu Senat – bei den Disziplinarsenaten jeweils längstens für eine Sitzungsperiode – beginnt am 1. Januar 1986 mit dem dienstjüngsten Beisitzer und setzt sich in der Reihenfolge des Dienalters fort. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste an seine Stelle. Der Verhinderte hat die Vertretung beim nächsten Vertretungsfall nicht nachzuholen.

Soweit über Nummer 1 Buchstabe a und b hinaus in den Revisions- und Disziplinarsenaten eine Vertretung erforderlich wird, werden alle Richter von allen beisitzenden Richtern dieser Senate, beginnend mit dem dienstjüngsten und fortlaufend in der Reihenfolge des Dienalters, vertreten.

3. Für den Fall der Verhinderung der Mitglieder der Wehrdienstsenate und ihrer regelmäßigen Vertreter (§ 73 Abs. 2 Satz 4 Wehrdisziplinarordnung) werden die Richter Janzen und Dr. Hartmann zu zeitweiligen Mitgliedern der Wehrdienstsenate bestellt. Sie vertreten die verhinderten Mitglieder der Wehrdienstsenate in der angegebenen Reihenfolge nach der Folge der Verhinderungsfälle jeweils längstens für die Dauer einer Sitzungsperiode. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste mit der Maßgabe an seine Stelle, daß der Verhinderte dessen nächsten Vertretungsfall übernimmt.

4. Wird eine Vertretung unter den Senaten erforderlich, so wird der Vertreter auf Anforderung des Vorsitzenden des eine Vertretung benötigenden Senats vom Vorsitzenden des vertretenden Senats nach Maßgabe des Geschäftsverteilungsplanes benannt. Die Feststellung der richtigen Besetzung des aufnehmenden Senats bleibt durch diese Regelung unberührt.

IV. Vertretung im Großen Senat

Bei Verhinderung des Vorsitzenden tritt dessen Vertreter ein. Die stellvertretenden Mitglieder werden nach der Reihenfolge ihres Dienalters zur Vertretung herangezogen. Bei Vorsitzenden Richtern ist ihr Dienalter als Mitglied des Bundesverwaltungsgerichts maßgebend. Das dienstjüngste Mitglied hat den ersten Vertretungsfall, das im Dienalter folgende Mitglied den nächsten Vertretungsfall usw. wahrzunehmen.